

# MBI INFORMIERT

**MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN**  
**UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 1/20**

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim  
Tel. 0208 - 3899810  
Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

## Der Wahlkampf nimmt Fahrt auf, die Stadt verkommt weiter!

Die Kommunalwahlen am 13. Sept. werfen ihre Schatten voraus. Alles konzentriert sich nur auf OB-Kandidaturen, bezeichnend dafür, dass die kommunale Demokratie erschreckend ausgehöhlt ist. Über die gravierenden Probleme, in die Mülheim hineinmanövriert wurde, braucht man so nicht weiter zu reden. Selbst über den Riesenskandal mit der Weigerung von Verwaltung und Rat, den Bürgerentscheid zur Wiedernutzung der VHS umzusetzen, wird einfach nicht mehr gesprochen. Fast krampfhaft werden dagegen alte Themen wiederbelebt wie Gewerbeflächen im Winkelhauser Tal oder dem Auberg und für Mülheim "natürlich" der Endlos-Dauerthema Flughafen.

## Angeschlagene SPD zieht Griefahn als OB-Kandidatin aus dem Hut



Die ehemalige niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn, soll SPD-OB-Kandidatin in Mülheim werden. "Wir sind überzeugt, mit Monika Griefahn haben wir eine herausragende OB-Kandidatin mit bundesweiter und internationaler Erfahrung sowie Vernetzung", sagte der Mülheimer SPD-Vorsitzende Rodion Bakum. Zuletzt war Frau Griefahn Beraterin der Costa Group, Australiens größtem Gartenbauunternehmen und wichtiger Lieferant für den Lebensmitteleinzelhandel in Australien. Davor war sie bis 2018 Direktorin für Umwelt und Gesellschaft des Rostocker Kreuzfahrtunternehmens AIDA. Als einstige Greepeace-Chefin wird die gebürtige Mülheimerin Griefahn (65) der schwarz-grünen Kandidatin Jägers grüne Stimmen abspenstig machen.

## Tengelmann-Areal: Erste Planungen noch wenig realistisch

Der Weltkonzern Tengelmann mit Sitz in Mülheim-Speldorf feierte am 16. Oktober 2012 sein 100-jähriges Jubiläum. Nur 7 Jahre später ist das Ende in Mülheim besiegelt. 14 Hektar Tengelmann-Fläche gilt es in Mülheim neu zu planen. Jetzt hat das Architekturbüro RKW, das für die Stadt bereits bei Ruhrbania und dem Restrahausumbau kräftig mit verdient hat, in vertraulicher Runde erste Ideenskizzen gezeigt, woraus dann ein/e Teilnehmer/in der WAZ gepetzt hat. Wohnen und Gewerbe sollen dort Platz finden., viele Hunderte Wohnungen und sogar ein 15-stöckiges Hochhaus sind angedacht. Das Hauptgebäude (siehe Foto) soll stehen bleiben. Was aber genau Tengelmann selbst vorhat, ist unklar. Ein sinnigeres und fantasiereicheres Nachnutzungskonzept als das von RKW wird entwickelt werden müssen. Ansonsten wird die Stadt wegen der angrenzenden Wohngebiete und der schwierigen Verkehrsanbindung ohnehin nicht mitspielen können und dürfen.



## Dauerzankapfel Flughafen: Ausstieg 2024 oder 2034 oder .... ??



Im September sind Kommunalwahlen und wie gefühlt seit 100 Jahren wird der Fluglandeplatz Essen-Mülheim als Wahlkampfthema aus den verschieden-bunten Hüten gezogen. Und wie bereits ähnlich zuvor steht die Mülheimer SPD gegen die Essener SPD, die Mülheimer CDU gegen nun die Essener, „die Stadt“ Mülheim gegen „die Stadt Essen“ oder wer bzw. was auch immer. Beide Räte hatten 2010 mit großen Mehrheiten den Ausstieg für 2024 beschlossen und mit der Erarbeitung eines Masterplans begonnen. Nun aber will BHM-Chef Dönnebrink die Verlängerung der WDL-Verträge und des Flugbetriebs bis mindestens 2034.

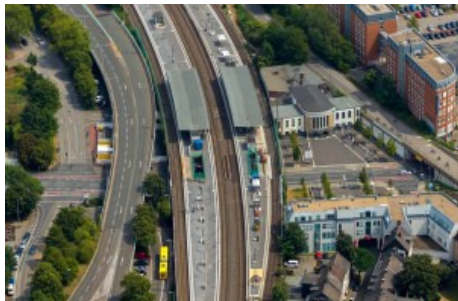
### Auf den folgenden Seiten:

- Was geht ab rund um den Mülheimer Hauptbahnhof?..... S. 2
  - Unverträgliche Bebauungswünsche auch am Oesterwindweg ..... S. 3
  - Ruhrgebietskrise: Statt zu lamentieren, braucht es bessere, mutigere Konzepte zum Abbau der Kirchtürmelei, vor allem gemeinsame Konzepte bei ÖPNV, Gewerbesteuer usw.!..... S. 4
- Einlegeblatt:** Gewerbeflächenpläne in Mülheim eine nutzlose Neuauflage überholter Politik?

## Was geht ab rund um den Mülheimer Hauptbahnhof?

Die MBI-Fragen weiter unten führten dazu, dass die Verwaltung 2 Vorlagen für die Sitzung am 11. Feb. erstellte, einmal zum Gelände der Post und dann zu dem der Easy-Türme.

Als „ein Schlüsselgrundstück“ der Stadtentwicklung sehen die neuen Eigentümer das Areal der Hauptpost zwischen Bahnhof und Forum. Im Dezember hatte eine Spekulantenfirma mit Sitz im bayrischen Rain das 11.000 qm große Gelände erworben, nachdem sie vorher bereits das Gelände daneben mit Spardabank, städtischer Sozialagentur und Easy Software AG gekauft hatten. Sie sind also die Herren rund um den Mülheimer Hauptbahnhof.



Im Bild links der winzige Mülheimer Hauptbahnhof und links neben den Gleisen die Hochstr. Tourainer Ring, auf der anderen Seite die beiden sog. Easy-Hochhäuser. Im Bild rechts vor dem Easy-Turm der überdachte Durchgang zwischen Hbf und Forum, davor die Post.



**Was auch immer die „Investoren“ im Schilde führen, es ist hochspannend und die städtischen Planungen stehen dabei mitten im Fokus, was fürs erste noch nicht erwähnt wurde.**

Zur Erinnerung: Ca. aus 2004/5 gibt es den immer noch gültigen Beschluss, auf dem Gelände der Post einen zentralen Busbahnhof zu errichten, in Kürze soll der Übergang zwischen Hbf. und Forum abgerissen werden, auch die beschlossene Niederlegung der Hochstr. Tourainer Ring auf der anderen Hbf-Seite wartet zum Glück seit Jahren auf Umsetzung und überhaupt ist in Wirklichkeit nichts geklärt, wie ein zukünftiges ÖPNV-Konzept im Mülheimer Totalchaos überhaupt aussehen könnte, genauso wenig wie im Individualverkehr. Da viele Millionen Fördergelder zu winken scheinen, um Verkehrswende zu gestalten, haben sich die Spekulanten bereits die geeigneten Flächen vorher an Land gezogen. Vorerst aber faseln sie in der WAZ noch von Hotel oder Büros (haha!), während die Post beruhigt. WAZ vom 7.1.20: „Mülheim: Deutsche Post will an zentralem Standort festhalten“.

**Es wird wohl nicht zu lange dauern, bis es um die erhofften großen Subventionen ernster wird. Jedenfalls kann man bei der Art und Weise, wie in Mülheim seit vielen Jahren Stadtplanung betrieben wird, kaum erwarten, dass bei allem, was da kommen könnte, das Allgemeinwohl im alleinigen Vordergrund stehen wird.**

MBI-Antrag für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Mobilität am 14.01.2020  
**Eigentümerwechsel von „Schlüsselgrundstücken“ der Stadtentwicklung zwischen Hauptbahnhof und Forum**

Beschlussvorschlag:

Der WStMA beschließt die Einrichtung eines Tagesordnungspunktes „Eigentümerwechsel von Schlüsselgrundstücken der Stadtentwicklung zwischen Hauptbahnhof und Forum“. Die Verwaltung möge in dem Zusammenhang Stellung beziehen zu folgenden Fragen:

- 1.) Wem gehörten die beiden Grundstücke von Hauptpost und „Easy-Türmen“ vorher? Wann wurden sie jeweils verkauft?
- 2.) Ist die Stadt vor dem jeweiligen Verkauf der beiden sensiblen Grundstücke kontaktiert worden?
  - a) Wenn nein, wieso nicht? oder b) Wenn ja,
    - von wem, dem Verkäufer oder dem Erwerber? Als Planungsbehörde oder nur als Mieter etwa der Sozialagentur?
    - Musste die Stadt eine Zustimmung erteilen und wenn ja, wofür genau?
    - Inwieweit hätte jeweils die Möglichkeit eines Vorkaufsrechts für die Stadt bestanden? Wurde das geprüft und warum hat die Stadt ggfs. jeweils darauf verzichtet?
- 3.) Gab es bereits Gespräche mit den Investoren über zukünftige Nutzungen der beiden Schlüsselgrundstücke? Sind solche zumindest geplant? Wenn ja, mit welchen Zielvorstellungen seitens der Stadt?
- 4.) Der Übergang zwischen Hbf und Forum soll noch in diesem Jahr vollständig neu umgestaltet werden. Welche anderen Vorüberlegungen, Planungen usw. gibt es seitens der Stadt außerdem bereits jetzt? Wenn noch nicht, wie und wann könnte oder sollte ein solcher Prozess in die Wege geleitet werden?

## **Unverträgliche Bebauungswünsche auch am Oesterwindweg**

Am einem Wochenende Mitte Jan. 2020 gründete sich die **Bürgerinitiative "Stoppt die Renditejagd am Siepental in Mülheim-Menden"**

**Der untenstehende MBI-Antrag wurde im Planungsausschuss am 21.1.20 als TOP 4 aufgenommen und die Verwaltung versprach, schnell Gespräche mit dem Investor und der BI zu führen, um möglichst doch noch ein Abspecken der Bauanträge zu erwirken. Im nächsten Planungsausschuss wird sie berichten. Daraufhin stellten die MBI ihren Antrag zurück, um die Abstimmung über eine B-Plan-Änderung ggfs. wieder vorzulegen, wenn die Gespräche ergebnislos waren.**

MBI-Eilantrag für die Sitzung des Planungsausschusses am 21.01.2020 TO öffentlich

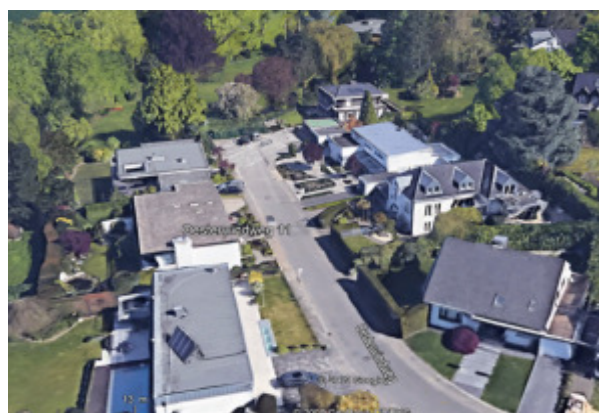
Beschlussvorlage:

**Der Planungsausschuss ergänzt die vorläufige Tagesordnung für seine Sitzung am 21. Jan. 2020 wegen der Dringlichkeit um den TOP „Änderung des Bebauungsplans Oesterwindweg – H 13“ und beschließt:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, ein geeignetes Verfahren zur Änderung des B-Plans Oesterwindweg – H 13 in die Wege zu leiten. Die Bescheidung der Bauanträge vom 16.12.2019 betreffend die Grundstücke am Ende der Straßen Oesterwindweg und Schulenberg wird zurückgestellt. Die Bauanträge werden dem Naturschutzbeirat und dem Gestaltungsbeirat zur Prüfung vorgelegt.**

Begründung:

In der letzten Sitzung am 26.11.19 wurde ausführlich die Eingabe von Anliegern am Oesterwindweg behandelt. Deren Befürchtungen, dass auf den letzten 3 verbliebenen Baugrundstücken eine deutlich massivere Bebauung als im gesamten Umfeld geplant sei, konnten nicht zerstreut werden. Hierbei fielen insbesondere die Interpretationen der Festsetzungen des Bebauungsplanes Oesterwindweg – H 13 deutlich verschieden aus. Die Anwohner bezogen sich auf Gerüchte, weshalb sie ihre Eingabe gemacht hatten. Die MBI-Nachfrage,



ob bereits Bauvoranfragen oder Bauanträge vorlägen, verneinte die Verwaltung, berichtete von lediglich einem Beratungsgespräch mit dem Investor (vgl. auch Protokoll der Sitzung vom 26.11.19, S. 6 und 7). Nun wurde bekannt, dass am 16.12.2019 zwei Bauanträge eingereicht wurden. Auf dem Grundstück am Ende des Oesterwindweges wurden drei Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 14 Wohneinheiten beantragt und auf dem Grundstück am Ende des Schulenberges ein Mehrfamilienhaus mit fünf Wohneinheiten. Eine Genehmigung der beiden Bauanträge steht noch aus. Zusammen mit den bereits genehmigten drei Mehrfamilienhäusern mit insgesamt neun Wohnungen auf dem angrenzenden Grundstück am Ende der Stichstraße Steinknappen/Mendener Höhe sind also sieben Mehrfamilienhäuser mit 28 Wohneinheiten geplant. Dies ist sogar mehr als von den Anliegern befürchtet.



Dass es sich in Angrenzung an das Siepental und die Mendener Höhe um ausgesprochen sensible Flächen handelt, steht genauso außer Zweifel wie die Tatsache, dass die beantragte Bebauung sich keinesfalls in die Umgebung einfügt. Der Bebauungsplan H 13 ist über 20 Jahre alt und die Anforderungen an eine Bebauung in unmittelbarer Nähe zu schützenswerter Landschaft haben sich seitdem deutlich verschärft.

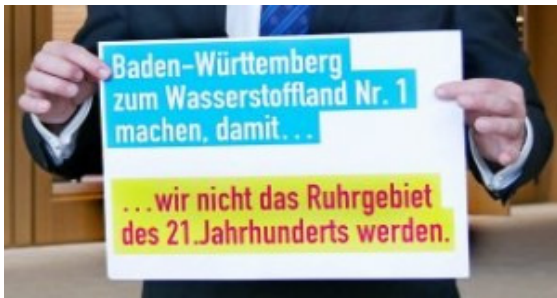
Deshalb muss eine Änderung des Bebauungsplanes Oesterwindweg – H 13 eine Klarstellung herbeiführen, die notwendig ist, da die Verwaltung die Festsetzungen des Bebauungsplanes Oesterwindweg – H 13 aus dem Jahre 1999 heute anders interpretiert, als sie damals verstanden wurden. In dem Gesamtzusammen-

hang der Bebauung aller Grundstücke entlang des Siepentales könnte ggfs. auch über die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes nachgedacht werden.

Im Falle einer Änderung des Bebauungsplanes bedarf es einer Beteiligung des Naturschutzbeirates, da alle genannten Grundstücke unmittelbar an das Siepental und die sich daran anschließende Mendener Höhe grenzen, bei denen es sich um besonders geschützte Teile von Natur und Landschaft im Mülheimer Stadtgebiet handelt. Unabhängig davon sollte auch der Gestaltungsbeirat mit den geplanten Gebäuden in diesem sensiblen Gebiet befasst werden. Die Dringlichkeit des Antrags ergibt sich aus der Abfolge der Ereignisse.

## Ruhrgebietskrise: Statt zu lamentieren, braucht es bessere, mutigere Konzepte zum Abbau der Kirchtürmelei!

Ist die Benennung der Krise bereits eine Verunglimpfung des Ruhrgebietes?



Die Empörung ist laut WAZ groß. Da hatte die FDP in Baden-Württemberg das Plakat links veröffentlicht. Auf Facebook präsentierte die FDP-Fraktion zu Jahresbeginn ein Schild mit dem Slogan: „Baden-Württemberg zum Wasserstoffland Nr. 1 machen, damit wir nicht das Ruhrgebiet des 21. Jahrhunderts werden.“

Ganz unabhängig von den Fragen nach der Zukunft der Automobilindustrie generell oder der ungelösten Kontro-

verse um E-Mobilität oder Wasserstoffantrieb, trifft die Darstellung des Ruhrgebietes als abschreckendes Beispiel anscheinend einen Nerv. Eine ganze Seite widmet die WAZ dieser „ungeheuerlichen“ Diskreditierung durch „Regionen-Bashing“. Etliche wichtige Politiker oder Wirtschaftslenker im Revier waren empört.

**Das Ruhrgebiet wurde noch kürzlich in einer DIW-Studie als „Armenhaus Deutschlands“ bezeichnet und die Aussichten auf Besserung sind insgesamt eher mau. Die WAZ Essen berichtete u.a. kürzlich: „Die jüngsten Umfrageergebnisse zeigen: Die Stimmung in den Essener Unternehmen hat einen deutlichen Dämpfer bekommen. Vor allem die Metall- und Elektroindustrie in Essen sieht skeptisch in die Zukunft. ....“** Und der Steag-Chef: wurde so zitiert **„Während Metropolen wie Berlin, Hamburg und München boomen, drohen große Teile des Ruhrgebiets abgehängt zu werden“.**

### Können niedrigere Gewerbesteuern mehr Firmen ins Ruhrgebiet locken? Nur bedingt und vor allem nur bei Auflösung der Kirchtürmelei und der 3 RP-Bezirke!!

„Die Ruhrwirtschaft“ wächst, aber andere Metropolen wachsen schneller, so RVR-Wirtschaftsförderer Beck in der WAZ und er will Gewerbesteuern senken, um so Firmen anzulocken.

#### Nur wie soll und kann das denn gehen?

Die Kirchtürme des Ruhrgebietes - 11 kreisfreie Städte und 4 Landkreise mit 42 weiteren Städt/chen - haben alle ihre eigenen Gewerbesteuersätze, so unterschiedlich wie nur möglich, aber insgesamt viel höher als im größten Teil der Republik und auch in NRW. Daran wird sich auch bei großzügiger Schuldentilgung durch Bund und Land wenig ändern, wenn nicht strukturelle Änderungen vom Land aus angegangen werden.

Die fast selbstmörderische Konkurrenz der Kirchtürme auch noch untereinander stellt auch bei der bzw. den vielen Wirtschaftsförderung/en im Revier einen erheblichen Wettbewerbsnachteil dar. Was hat z.B. der Umzug der boomenden Brenntag von Mülheim nach Essen „der Ruhrwirtschaft“ gebracht?

Die alten Vorteile des Polyzentrischen aus der Ära von Bergbau und Stahl sind nämlich längst zu Nachteilen geworden. **Seit Jahren fordern die MBI deshalb, dass für die Metropole Ruhr bzw. zumindest als Anfang für Teile wie etwa für den DEMO-Bereich (DU/E/MH/OB) mit seinen 1,5 Mio. Einwohnern eine einheitliche Gewerbesteuer zentral erhoben und dann nach bestimmten Schlüsseln auf die Einzelstädte verteilt wird.** Nur so würde aus der „Stadt der Städte“ Stück für Stück auch eine Art Metropole Ruhr, die mit anderen Metropolen der EU mithalten könnte. Natürlich müssen dafür auch andere Bereiche aus den Fesseln der Kirchturmspolitik befreit werden, zuvorderst der ÖPNV, danach die Baulandpolitik und Grünflächenplanung uswuf.

Da im Herbst die Wahlen der OB`s und Kommunalparlamente anstehen, ist nicht wirklich zu erwarten, dass in den Wahlkämpfen solche Forderungen ernst gemeint vorkommen. **Wer beschneidet seine Entscheidungsbefugnis schon freiwillig, auch wenn es noch so sinnvoll wäre.**

Hier sind Landesregierung und Landtag gefordert, denn auch die Aufteilung des Ruhrgebietes in 3 unterschiedliche RP-Bezirke (Düsseldorf, Münster, Arnsberg) ist längst anachronistisch und mehr als hinderlich! Es gibt also 3 unterschiedliche Finanzaufsichten für die diversen Kommunen. Jede diktiert ihren Kommunen andere Vorgaben bei der Haushaltsplanung. Wenn also z.B. der RP Düsseldorf für Oberhausen niedrigere Gewerbesteuern genehmigen würde, hieße das etwa für Bottrop direkt daneben nicht, dass der RP Münster das auch täte. Und dann würden ggfs. Firmen von Bottrop lieber ein paar hundert m entfernt nach OB umziehen und „der Ruhrwirtschaft“ wäre wenig gedient.



## Gewerbeflächenpläne in Mülheim eine nutzlose Neuauflage überholter Politik aus lange vergangener Zeit?

Die Gewerbeflächenwünsche von Kämmerer und M&B-Chef sind typisches Ruhrgebiets-Kirchturmdenken mit viel Zerstörungspotenzial und wenig Zukunftspotenzial!



Die Pläne von Dönnebrink als Chef der halbstädtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft M&B (die aber zu 100% von der Stadt finanziert wird) wollen einen großen Wurf bei der Ausweisung zusätzlicher, großer Gewerbeflächen auf

Mülheimer Stadtgebiet. Im wesentlichen holten sie alle in der Vergangenheit bereits gescheiterten Pläne wieder aus der Kiste, so das Winkhauser Tal, Flächen am Auberg, in Selbeck, auf dem Flughafengelände und nun auch das Fulerumer Feld mit einer Gesamtfläche von über 200 ha. Es ist kein Zufall, dass alle Flächen bis auf den Auberg an den Stadtgrenzen liegen, womit die zumeist nahtlos angrenzenden Nachbarstädte betroffen wären, aber nur wenig Einflussmöglichkeiten hätten.



Rettet das Winkhauser Tal

**Auf diese Flächen, insbesondere wegen der Nähe zu Autobahnauffahrten, sind Immobilienspekulanten schon immer heiß gewesen. Nur die Begründungen änderten sich im Laufe der Zeit. Die neueste lautet sinngemäß ungefähr so:**



*„Die Stadt Mülheim ist hoffnungslos verschuldet, deshalb müssen großflächig neue Gewerbegebiete bereit gestellt werden, um durch höhere Gewerbesteuererinnahmen eine Haushaltsanierung möglich zu machen. Dass dabei für Stadtklima, Durchlüftung und Naherholung wichtige Flächen geopfert werden müssten, sei notwendiges Übel für höhere Ziele.“*

Klingt auf den ersten, oberflächlichen Blick zumindest logisch und wird dann untermauert durch angebliche Engpässe bei Ansiedlungswünschen vieler Betriebe. Bei etwas genauerem Hinschauen stimmt das alles so aber nicht wirklich, denn

- 1.) gibt es fast unzählbar viele Brachgrundstücke im Stadtgebiet, die zuletzt mit dem riesigen Tengelmann-Gelände in Speldorf oder dem geschlossenen Aldi-Lager in Styrum sogar noch großen Flächenzuwachs bekommen haben. Bevor man nun weiteren Zuwachs von jungfäulichen Gewerbeflächen angeht, sollten diese genau wie etwa das Fallwerkgelände (33.000qm) oder andere Leerstände im Hafengebiet, die jetzigen und absehbaren Brachen auf dem FWH-Gelände oder dem ex-Mannesmann-Gelände usw. entwickelt werden.
- 2.) In den vergangenen Jahrzehnten wurden viele ehemalige Gewerbeflächen im Stadtgebiet durch Ansiedlung von Discountern o.ä. (u.a. Hafen, Essener, Düsseldorfer Str., Heifeskamp) umgenutzt, andere wie das Ruhrtaler-Gelände oder jetzt das Lindgens-Areal für Wohnbebauung deutlich aufgewertet. Gleichzeitig wurde in großem Maße neues Gewerbegebiet auf vormals Grüngebieten ermöglicht wie u.a. an der Ruhrorter, der Alexanderstr. oder dem Siemens-Gelände im Hafengebiet.

**Die neuerlichen Planungen wirken deshalb wie ein Abklatsch der Politik der 60er und 70er Jahre, eher fantasie- und zukunftslos.**

b.w.

- 3.) Wer sagt denn z.B., dass sich in Zukunft überhaupt noch mehr großflächige Firmen überhaupt ansiedeln werden wollen? Kommen dann noch mehr Eventhallen für Clanhochzeiten, Fitnesscenter o.ä. in Gewerbegebiete?
- 4.) Fast alle Dönnebrink-Pläne basieren auf der bevorzugteren Lage für LKW- und PKW-Anbindung. Inwieweit das in Zeiten von Klimaneutralität, Verkehrswende usw. noch zukunftsgerichtet sein kann, ist äußerst ungewiss.
- 5.) Ob die notwendigen Planungs- und Erschließungskosten, die die Stadt bei diesen großen neuen Gewerbegebieten aufbringen müsste, durch die erhofften Mehreinnahmen jemals wieder abbezahlt würden, ist alles andere als sicher, zumal zu bedenken wäre, dass manche Firmen in die neuen Flächen umziehen würden und weitere Brachen im Stadtgebiet oder in den fast direkt angrenzenden Nachbarstädten entstünden.



**Aus MBI-Überzeugung muss unabhängig von alledem möglichst schnell ohnehin in wichtigen Bereichen des westlichen Ruhrgebietes eine Abkehr vom ausgeprägten und kontraproduktiven Kirchturmdenken einsetzen. Unverzüglich muss die Stadtpolitik konsequent in Richtung Teilmetropole Ruhr-West umorientiert werden, d.h. auch Verschmelzung ganzer Teilbereiche mit Nachbarstädten und Abgabe von Entscheidungskompetenzen, u.a. gemeinsamer ÖPNV mit fusionierter Verkehrsgesellschaft auch mit DU, OB u.a., dazu eine einheitliche Gewerbesteuer, koordinierte Baulandausweisung mit zuvor festgelegten Tabuzonen insbesondere der regionalen Grünzüge, Zusammenlegung und Arbeitsteilung von Behörden sowie Gesellschaften mit den Nachbarstädten!**

Dass die Gewerbesteuern ein in Mülheim bisher häufig genutztes Vehikel sind, um bei Haushaltsplanungen „kreative Buchführung“ zu praktizieren, möchten wir zudem durch folgenden Ausschnitt aus der letzten MBI-Etatrede verdeutlichen.

### ***Haushaltswahrheit scheint in Mülheim aus der Mode gekommen?***

*Für 2018 hatte der Kämmerer z.B. noch über 124 Mio. € Gewerbesteuer eingeplant, wovon 45,5 Mio. aber nicht eingingen, also 36,6% weniger und das, obwohl bereits 2017 von den geplanten 115 Mio. Gewerbesteuereinnahmen nur 93 Mio. real erzielt werden konnten. Warum dennoch auch ohne Erhöhung des Hebesatzes für 2018 sogar noch eine um 10 Mio. erhöhte Einnahme im Etat 2018 eingeplant worden war, hat mit Seriösität wenig zu tun. Ungeachtet all dessen wurde für 2019 wieder mit 110 Mio. geplant, so dass der Kämmerer schon wieder einen Einnahmeeinbruch beklagt, der aber nur darauf beruht, dass fiktiv überhöhte Planwerte angesetzt wurden, nur damit das „Gesamtkunstwerk“ Etat auf dem Papier und für den RP besser aussah. Für 2020 wurden nun wieder 109 Mio. Gewerbesteuereinnahmen prognostiziert, was sich danach jährlich steigern soll bis auf 130 Mio. in 2023. Wenn nun Kämmerer und BHM-Chef vorgeben, mit der Ausweisung neuer Gewerbeflächen würde das große Delta zwischen Wunsch und Wirklichkeit sich irgendwann in Luft auflösen, so ist das bewusste Irreführung und egal, wie sinnvoll neue Flächenausweisungen im einzelnen sein mögen oder nicht, das darf kein Mittel sein, um ansonsten unseriöse Haushaltsplanung zu rechtfertigen.*

*Bereits in 2008, 2009 und 2010 hatten die MBI diese unseriöse Trickserei des Kämmerer-Vorgängers mit fiktiv überhöhten Gewerbesteuereinnahmen heftig kritisiert, hat damals aber niemanden interessiert, auch nicht die Finanzaufsicht! Und so wurde Mülheim laut Bertelsmann-Studie die Großstadt mit dem höchsten Verschuldungstempo in ganz Deutschland, eben auch wegen der überaus „kreativen“ Buchführung.*

## **Miet-, Strompreiserhöhung, Steuern, Abgaben, Negativzinsen ....**

Innogy als Grundversorger auch in Mülheim erhöht die Strompreise zum 1. März um 9 oder mehr Prozent. Begründet wird das vor allem mit den diversen höheren Umlagen und staatlichen Vorgaben, wie die weiteren 9,5% mehr EEG-Umlage und 17,7% mehr als Netzentgelt Die unausgegorene Energiewende kommt vor allem Kleinverbraucher sehr teuer zu stehen. Da gleichzeitig auch die kommunalen Steuern und Abgaben unaufhörlich ansteigen, der Sparzins immer häufiger negativ ist und weitere deutliche Klimagebühren drohen, **wird das Schrumpfen der Mittelschichten in Deutschland deutlich beschleunigt!**